

BESCHLUSS

der Gemeindevertretung

vom Mittwoch, den 01.07.2020 um 19:00 Uhr

9	VL-64/2020	Mögliche Wohnbebauung "Am Werrtor" hier: Vorhaben der Treufina GmbH sowie Ortsanbindung B44
---	------------	--

Bemerkungen:

Der Tagesordnungspunkt fand mit Aussprache statt.

Herr GV Müller teilte mit, dass im BGLU-Ausschuss kontrovers diskutiert und die Für und Wider abgewogen worden seien. Der Beschlussvorschlag sei mit 2 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen und 1 Enthaltung abgelehnt worden.

Für den Haupt-, Finanz- und Sozialausschuss betonte Herr GV Vollrath, dass auch dieser den Tagesordnungspunkt sehr kontrovers behandelt und mit 2 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ebenfalls ablehnend entschieden habe.

Für die CDU-Fraktion machte Herr GV Platz deutlich, dass vor der Beschlussfassung zunächst die sichere Querung der B44 geklärt und nach Absprache mit Hessen Mobil die nicht abschätzbaren Kosten ermittelt werden sollen. Die CDU-Fraktion stelle daher den Antrag, den Beschlussvorschlag der Verwaltung bis zum Herbst zu vertagen, um die Kostensituation vorher prüfen und klären zu können. Seine Fraktion habe daher einen entsprechenden Beschlussvorschlag zur heutigen Abstimmung vorbereitet. Herr GV Platz las den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion laut vor. Er betonte nochmals, dass man sich nicht einer Wohnbebauung verschließen wolle, seine Fraktion habe jedoch Bedenken, wegen zu hoher Kosten ggf. weitere Baugebiete nicht realisieren zu können.

Herr GV Vollrath hielt die Bedenken der CDU-Fraktion für berechtigt, betonte jedoch ausdrücklich, dass seine Fraktion einer Entwicklung der Wohnbebauung durch Treufina positiv gegenüberstehe. Den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion sah er zu kurzgefasst und erklärte, dass auch die SPD-Fraktion einen neuen Beschlussvorschlag vorbereitet habe, den er vortrug.

Herr GV Fischer erklärte, dass bei einer entsprechenden Ansiedlung vieler Gewerbebetriebe auch eine hohe Frequentierung hätte erwartet werden müssen. Eine sichere Überquerung sei sehr wichtig und müsse von der Gemeinde sowieso umgesetzt werden. Er wolle daher einen Beschluss zur positiven Gestaltung des dortigen Gebietes nicht erneut zeitlich verschieben. Der jetzige Investor „Treufina“ GmbH überzeuge mit einem guten Konzept zur Entwicklung von Wohnraum und habe einer Kostenbeteiligung i.H.v. 350.000 € für eine entsprechende Straßenquerung zugestimmt. Dem Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion

könne er zustimmen.

Herr Bürgermeister Scheib wies darauf hin, dass er mit Hessen Mobil bereits im Vorfeld Kontakt aufgenommen habe und die Kosten für eine entsprechende Vorplanung bei 35.000 € liegen würden.

Wegen der erforderlichen Vorplanung und der dafür notwendigen Kosten wurde der Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion von Herrn GV Vollrath nochmals überarbeitet und darum gebeten, die Angelegenheit nach der Sommerpause erneut dem Haupt-, Finanz- und Sozialausschuss vorzulegen.

Im Anschluss an die Diskussion wurde zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt:

Beschluss:

1. Beschlussvorschlag / Antrag der CDU-Fraktion:

„Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, Alternativen einer gefahrlosen Querung der B44 und Anbindung des Gebietes „Am Werrtor“ mit den zuständigen Behörden – Hessen Mobil etc.- zu klären. Dazu sollen dezidiert auch aktuelle Kosten ermittelt werden.“

Abgelehnt, 8 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen

2. Beschlussvorschlag / Antrag der SPD-Fraktion:

„Die Gemeindevertretung zeigt sich einer Entwicklung des Gebietes „Am Werrtor“ durch die Firma „Treufina GmbH“ gegenüber offen. Ein Aufstellungsbeschluss kann unter den Voraussetzungen der Kostenübernahme bzgl. der Überplanung der Gewerbefläche ggü. des Geländes der Fa. Jäger, der Erstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, der Erstellung aller erforderlichen Gutachten sowie der Kostenbeteiligung für die Straßenquerung B44 in Aussicht gestellt werden.

Der Investor ist dazu angehalten, auch die Einfahrt zur Straße „Am Werrtor“ auszubauen, sodass sich diese an den bereits in der Planung berücksichtigten Straßenausbau anschließt.

Die Gemeindevertretung genehmigt die Vorplanung einschließlich der dafür notwendigen Kosten. Diese sind dem Haupt-, Finanz- und Sozialausschuss für die Sitzung im September 2020 vorzulegen.